

## Meinungen

**Russland** Der Konflikt mit der Ukraine schadet der russischen Wirtschaft.

Markus Diem Meier

# Die UdSSR war weniger verletzlich

Das Verhalten von Putins Russland weckt Erinnerungen an die Sowjetunion und den Kalten Krieg. Da liegt die Frage auf der Hand: Wie weit lässt sich das heutige Russland wirtschaftlich mit der alten Sowjetunion vergleichen? Und was sagt ein solcher Vergleich über den weiteren Verlauf der Krise aus?

In seiner Ausgabe von Anfang Februar kam das britische Wirtschaftsmagazin «Economist» zum Schluss, dass zwischen der Sowjetunion von 1980 und dem heutigen Russland tatsächlich Parallelen bestehen. Da ist zunächst die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Ölpreis: Weil damals der Rohstoff, von dem das Land bis heute hauptsächlich lebt, besonders teuer war, finanzierten die Einkünfte daraus einen überdimensionierten und ineffizienten Staatsapparat sowie die Importe von Getreide und Kleidern. Die Rohstoff-Einkünfte verdeckten so vorübergehend die katastrophale Lage der Binnenwirtschaft. Der Einbruch des Ölpreises hatte dann einen wesentlichen Anteil am Zerfall des Sowjetsystems.

Im heutigen Russland ist der Anteil der Öl- und Gasexporte an den Gesamtexporten mit 75 Prozent sogar noch höher als im Jahr 1980 (67 Prozent). Und auch heute überdeckt der Geldregen daraus die strukturellen Probleme des Landes. Der Staat ist wie in Sowjetzeiten der grösste Arbeitgeber des Landes und kontrolliert die Wirtschaft. Banken, Medien, natürliche Ressourcen und Infrastruktur stehen unter seiner Kontrolle.

### Teil der Weltwirtschaft

In Prozent des Bruttoinlandsprodukts investiert das heutige Russland sogar noch weniger in produktive Anlagen, als es die alte Sowjetunion getan hat. Kein Wunder, ist das Produktivitätsniveau der russischen Wirtschaft weniger als halb so gross wie jenes der europäischen. Das Geld fliesst hauptsächlich in den Konsum.

Nach wie vor besonders ineffizient ist der Staat: In den 2000er-Jahren hat sich die Anzahl der Bürokraten in Russland fast verdoppelt. Die Leitung der grossen Unternehmen wird wie in der Sowjetunion nicht nach Kompetenz vergeben, sondern nach politischen Kriterien. Die Oligarchen unter Putin sind oft ehemalige Kollegen vom Geheimdienst KGB.

Und doch bestehen wesentliche Unterschiede zwischen dem heutigen Russland und der einstigen Sowjetunion: Unterschiede, die das Land in der Auseinandersetzung mit dem Westen verletzlich machen. Anders als die kommunistische Sowjetunion ist das heutige Russland ein kapitalistischer Staat und als solcher eng eingebunden in die Weltwirtschaft.



Der Rubel auf historischem Tief: Wechselstube in Moskau am Montag. Foto: AP/Keystone

Der deutliche Zerfall von 11 Prozent des Moskauer Index Micex am Montag ist Zeuge davon. In Meldungen, dass Präsident Putin seine Truppen teilweise wieder zurückzieht, hat der Index gestern Morgen immerhin wieder um 2,5 Prozent zugelegt. In- und ausländische Investoren wollen ihr Geld in dieser Krise lieber im Ausland als in Russland anlegen. Das zeigt sich auch im Wert des an den internationalen Devisenmärkten gehandelten Rubels. Dieser ist ebenfalls auf ein historisches Tief eingebrochen.

### Kein Grund zur Beruhigung

Die russische Elite ist vom Vermögensverlust an der Börse besonders betroffen. Sie nutzt heute all die Annehmlichkeiten des westlichen Kapitalismus. Sie legt ihr Geld im Westen an und reist für Wochenendtrips in die dortigen Metropolen. Eine drastische Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen ist daher nicht in ihrem Interesse. Dass selbst ukrainische Oligarchen die russischen darauf aufmerksam

gemacht haben, welche Nachteile sie durch eine Verschärfung der Krise zu gewärtigen hätten, zeugt davon.

Die enge wirtschaftliche Verflechtung von Russland mit dem Westen bedeutet allerdings gleichzeitig, dass allzu harte Sanktionen auch für den Westen mit Nachteilen verbunden wären. Nach wie vor sind viele westliche Konzerne stark daran interessiert, im russischen Markt Fuss zu fassen. Viele von ihnen mussten aufgrund der Krise an der Börse Federn lassen.

Die Tatsache, dass ein Konflikt mit dem Westen Russland wirtschaftlich schaden würde, ist kein Grund zur Beruhigung. Das Beispiel des Ersten Weltkriegs, den damals viele angesichts der drohenden wirtschaftlichen Verheerungen gar nicht für möglich gehalten hätten, zeigt: Länder lassen sich von wirtschaftlichen Überlegungen nicht davon abbringen, Krieg zu führen, wenn andere Motive überhandgenommen haben und sich die Dynamik nicht mehr umkehren lässt.

**Tribüne** Lohngleichheit von Frau und Mann ist kein Akt der Barmherzigkeit, sondern eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Britta Engelhardt

# Ein Arbeitsklima, das alle gleich behandelt

In der Schweiz müssen Frauen bis am 7. März arbeiten, um für gleichwertige Arbeit denselben Lohn zu erhalten, den Männer schon am 31. Januar in der Tasche hatten. Der Equal Pay Day, ein Aktionstag, der weltweit jährlich an diesem Tag stattfindet, soll an die Diskriminierung erinnern, die Frauen im Arbeitsleben immer noch erleben.

In der Bundesverfassung wurde vor über 30 Jahren mit dem Gleichstellungsartikel das Prinzip der Lohngleichheit verbindlich festgelegt. Frauen sind heute gut ausgebildet und zeigen sich, wie der neue Bericht «Women Matter 2013» von McKinsey & Company eindrücklich untermauert, genauso ambitioniert wie Männer.

Als Professorin an der Universität Bern begegne ich täglich engagierten und talentierten Studentinnen, Doktorandinnen, Assistenzärztinnen und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen. Auf ihrem Weg geraten viele von ihnen regelmässig ins Stocken, wenn es um Positionen mit höherer Verantwortung und Entlohnung geht. Gemäss Schilling-Report gibt gerade mal 5 Prozent Frauen in der Chefetage. Und Frauen in den gleichen Positionen verdienen gemäss Zahlen des Bundesamts für Statistik (BFS) durchschnittlich 18,4 Prozent weniger als Männer. Dazu kommt: Je weiter oben man sich auf der Karriereleiter befindet, desto grösser wird der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen. Es ist frustrierend zu sehen, dass diese Lohnunterschiede seit Jahren konstant bleiben. Und das trotz den langjährigen Bemühungen des Business and Professional Women Club (BPW), dem grössten Verein von Berufsfrauen weltweit, zusammen mit Politikerinnen und Politikern aus allen Lagern.

### 24 Prozent weniger als die Männer

Die Tatsache, dass gerade Akademikerinnen von der Lohndiskriminierung am stärksten betroffen sind, irritiert. Eine Studie des BFS zeigt, dass Frauen nach Abschluss der Universität rund 24 Prozent weniger verdienen als Männer. Bei Hochschulabsolventinnen und -absolventen hat man herausgefunden, dass Männer häufiger Kaderstellen besetzen als Frauen. Fünf Jahre nach Abschluss besetzen 38,5 Prozent der Männer und nur gerade 26,8 Prozent der Frauen eine Kaderstelle.

Oft wird gesagt, die Frauen seien selber schuld, sie arbeiteten halt öfter Teilzeit oder verhandelten nicht gut. Diesen Stimmen muss ich vehement

widersprechen. Gemäss Zahlen des BFS von 2013 können rund 62,4 Prozent des Lohnunterschiedes zwischen Frauen und Männern durch objektive Faktoren erklärt werden. Bei den übrigen 37,6 Prozent ist dies nicht der Fall, sie müssen daher klar als Lohndiskriminierung gewertet werden. Die Frauen, die sich top ausbilden lassen, selbstbewusst die Universitäten besuchen und ihren Weg machen, scheitern letztendlich häufig, wenn es darum geht, auf höheren Karrierestufen die gleichen Chancen wie die Männer zu erhalten.

### Ernüchternder Gleichheitsdialog

Der Bundesrat versuchte in den letzten Jahren mit dem Lohngleichheitsdialog die Arbeitgeber freiwillig dazu zu bringen, ihre Lohnstruktur zu überprüfen. Auch hier sind die Resultate ernüchternd. Nur gerade 47 Unternehmen haben daran teilgenommen. Dieses Jahr wird auf politischer Ebene entschieden, wie es weitergehen soll. Es braucht eine Veränderung in der männlich geprägten Geisteshaltung in den Führungsetagen, die den Boden dafür bereitet, Missstände zu benennen und geeignete Massnahmen und Veränderungen umzusetzen. Wie ist das aber zu erreichen? Gelingt dies mit gesetzlichen Kontrollen? Ist das wirklich, was wir wollen? Ist das zielführend? Ich weiss es nicht.

Die geforderte Chancengleichheit ist kein Akt der Barmherzigkeit, sondern volkswirtschaftlich dringend notwendig. Wir können es uns aus ökonomischen Gründen nicht mehr länger leisten, die weiblichen Arbeitskräfte nicht gleichwertig in das Arbeitsleben zu integrieren. Die Schweizer Wirtschaft braucht sie, vor allem nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative. Wenn die Unternehmen gegen den zunehmenden Fachkräftemangel ankämpfen wollen, müssen sie Frauen besser in die Arbeitswelt integrieren und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

Wir brauchen in der Wirtschaft ein Arbeitsklima, in der Frauen und Männer gleich behandelt werden. Wir brauchen dringend vor allem flexiblere Arbeitsmodelle, aber auch genügend bezahlbare Krippenplätze, Tagesschulen und keine Lohndiskriminierung mehr.

Dr. Britta Engelhardt, Professorin für Immunbiologie, Direktorin des Theodor Kocher-Institutes, Universität Bern

**Tuheitia Paki** Der Maori-Regent will Thronfolgerpaar William und Kate nicht empfangen. Thomas Widmer

# Der König, der Lastwagenchauffeur war

Tuheitia Paki, König der Maori, der neuseeländischen Ureinwohner, ist ein selbstbewusster Mann. Im April wird der britische Prinz William mit Gattin Kate in Neuseeland vorbeischauen. Geplant war auch ein Besuch bei Tuheitia Paki - doch der hat nun abgesagt.

Die vorgesehenen 90 Minuten Visite seien ihm zu wenig, liess der König verlauten. Also kein «Hongi» mit William und Kate: Bei den Maori begrüsst man sich, indem man Stirnen und Nasenspitzen aneinanderpresst.

Was den 58-jährigen König zu dieser Entscheidung führte, ist unklar. Sein Amt wurde pikanterweise im Widerstand gegen die Engländer erfunden. Die Landgier der Kolonialmacht bewirkte, dass Maori-Stämme 1858 erstmals einen König wählten - sie wollten Stärke signalisieren.

### Randfigur im Politsystem

Seit bald acht Jahren sitzt Tuheitia Paki, Nachfahre jenes ersten Königs, nun auf dem Holzthron der Maori. Und nach wie vor misst man ihn an seiner Mutter, der Königin Te Arikinui Te Atairangikaahu («Vogel, der kurz vor

Sonnenuntergang am Himmel fliegt»). Sie wuchs in einer Hütte auf, deren Boden aus gestampfter Erde war. Licht spendeten blecherne Kerolampen. Mit 21 verweigerte sie das Heiratsarrangement der Grosstante und ehelichte ihren Geliebten. Sieben Kinder zog sie gross und spielte auch als Königin Karten, trank Whisky, tanzte zu Countrymusik. Das Volk liebte sie um ihrer Nahbarkeit und ihrer Leidenschaften willen.

Als die Mutter 2006 starb, ging der königliche Federmantel an den Sohn über. Früher hatte Tuheitia Paki als Lastwagenfahrer gearbeitet; da er oft Anhalter mitnahm, hiess sein Lastwagen in der Familie «der Bus». Nun wurde er Chef der gut 600 000 Maori im Land - oder zumindest jener Maori, die ihn anerkennen, denn manche Stämme wahren Distanz. Der Maori-König ist in Neuseelands Politsystem ohnehin eine Randfigur, direkte Macht hat er keine. Die Maori erhielten durch ein Abkommen mit der Regierung 2008 immerhin einen Teil ihres angestammten Landes zurück; dazu kamen Einnahmen aus der Bewirtschaftung des Bodens. Der Wiedergutmachungsdeal



Selbstbewusst im Federmantel: Maori-König Tuheitia Paki. Foto: Reuters

brachte den beteiligten Stämmen umgerechnet 300 Millionen Franken ein. Sie wurden reich.

Tuheitia Paki kennt mittlerweile die Grenzen seiner Macht. Die Stämme, die ihn wählen, finanzieren ihn auch und wachen argwöhnisch darüber, wie er ihr Geld ausgibt. Das Jahresbudget der Königin betrug 180 000 Franken, der König gibt heute mehr als eine Million pro Jahr aus. Kritik trugen ihm insbe-

sondere einige teure Auslandsreisen ein. Dazu kamen Vorwürfe, Leute aus seiner Entourage hätten sich bestechen lassen. So kam es 2010 zu einem Auftritt, bei dem der König ausrastete und drohte, er werde zurücktreten, wenn die Stammesoberen noch lange auf ihm herumhackten.

### «Noch andere wichtige Treffen»

Nein, der Maori-König hat es nicht leicht. Vor einiger Zeit rampte sein Sohn Korotangi Paki, 16 Jahre alt, nachts im Auto mit überhöhter Geschwindigkeit einen Strommast. Die herabstürzenden Hochspannungsleitungen brachten den Jungraser in Lebensgefahr. Darüber, wie schwierig es ist, den verwöhnten Nachwuchs zu kontrollieren, hätte sich Tuheitia Paki mit seinem englischen Besuch austauschen können; das dortige Königshaus kennt Probleme dieser Art.

Aber eben, das Treffen ist abgesagt. Neuseelands Premier John Key äusserte Bedauern darüber. Er findet die 90 Minuten für Tuheitia Paki «ziemlich grosszügig» bemessen. Denn William und Kate hätten im Land noch andere wichtige Treffen.

## Der Bund

Verleger: Pietro Supino  
Gesamtauflage BZ/«Bund»: Vorbereitete Auflage: 162 855 Ex. Davon verkaufte Auflage: 160 359 Ex. WEMF/SW-beglaubigt  
Redaktion: Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12  
Verlag: Der Bund, c/o Espace Media AG, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern Tel. 031 330 31 11, Fax 031 330 36 86  
Redaktionsleitung: Chefredaktor: Artur K. Vogel (akv) Stellvertretender Chefredaktor: Patrick Feuz (paf) Chef vom Dienst: Beat Stahl (sbb) Zentralredaktion: Jürg Sohm (soh) Lokale Ressorts: Bernhard Ott (boh) Website: www.derbund.ch E-Mail: redaktion@derbund.ch  
Leitung Espace Media: Ueli Eckstein Inserate: Berner Zeitung, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern Telefonische Anzeigenannahme: Tel. 031 330 33 10, Fax 031 330 35 71 E-Mail: rubriken@espacemedia.ch ISDN-Nr. 031 348 02 40 (2-Kanal) Technischer Kundendienst: Anzeigen Tel. 031 330 35 61. Für Todesanzeigen ausserhalb der Bürozeit: Fax 031 330 35 71. Anzeigenannahme auch bei allen Publicitas-Filialen Schweiz: Publicitas Bern, Tel. 031 384 13 84, Fax 031 384 14 91 Abonnementpreise: 24 Monate 869.-, 12 Monate Fr. 464.-, 6 Monate Fr. 254.-, 3 Monate Fr. 137.-, 30% Studenten- und Ausbildungsrabatt. Bitte Ausweis mitschicken. Die Preise verstehen sich inkl. 2,5% MWST. Einzelnummer Fr. 3.90 (Mo-Fr) / Fr. 4.60 (Sa). Abonnement: Tel. 0844 385 144 (Lokalitarif Festnetz), Fax 0844 031 031 (Lokalitarif Festnetz), E-Mail: abo@derbund.ch Umleitungen und Unterbrüche: Fr. 6.- (Bearbeitungsgebühr), kostenlos auf www.derbund.ch/abo. Unterbrüche werden ab dem 1. Tag vergütet. Ombudsmann: Ignaz Staub, Postfach 837, 6330 Cham 1; E-Mail: ombudsmann.tamedia@bluewin.ch.